

Gegen eine neue „Biebers-Idee“

Freizeitgelände im Unterfeld Nackenheim im Mittelpunkt der Gemeinderatssitzung

m. NACKENHEIM — Was das im Flächennutzungsplan ausgewiesene „Sport- und Freizeitgelände“ im Unterfeld betrifft, so unterstützten die Gemeinderäte bei ihrer jüngsten Sitzung einen Vorschlag von VG-Chef Krämer. Der Bürgermeister hatte vorgeschlagen, einen landschaftspflegerischen Wettbewerb auszuschreiben.

Ortsbürgermeister Günter Ollig hatte eingangs erklärt, das ursprünglich beauftragte Ingenieurbüro habe keinen Interessenten zum Bau eines Sport- und Freizeitgeländes gefunden. Jetzt sollen eventuell auch Pachtverträge mit den Grundstückseignern abgeschlossen werden. Gedacht sei an eine Aufforstung des Geländes, das Anlegen von Wegen und die Einrichtung von Freizeitmöglichkeiten.

Für die Verweisung der Angelegenheit in die Ausschüsse sprach sich Ratsmitglied Richard Speckenheuer (SPD) aus und wies auf die Dringlichkeit der Planung hin, da-

mit sich eine „Biebers-Idee“ nicht noch einmal wiederhole. Die wichtigste Frage sei die der Kosten.

Der Rat müsse jetzt politische Aussagen und Vorgaben für dieses Gebiet machen und das gesamte Unterfeld in die Planung einbeziehen, betonte Alfred Hoffmann (CDU). Die Landespflege sowie Sport- und Freizeitmöglichkeiten müssten Berücksichtigung finden. Bei allen Überlegungen dürfe nicht vergessen werden, daß in Nackenheim auch noch Arbeitsplätze benötigt würden, meinte der Christdemokrat. FWG-Abgeordneter Werner Balbach sprach sich ebenfalls für einen „Ideewettbewerb“ aus. Nach der sachlich geführten Aussprache wurde die Gemeinde schließlich beauftragt, Grundlagen zur Ausschreibung eines solchen Wettbewerbs zu erarbeiten.

Nach der ablehnenden Haltung der Experten in der letzten Verkehrsschau, das Ortsschild weiter in Richtung Bodenheim zu versetzen,

wandte sich der Rat gegen die vorgeschlagene Ortsteilbeschilderung, weil der Ort „als Ganzes“ zu sehen sei. Auf Wunsch des Gemeinderats wird nun die Bezirksregierung eingeschaltet.

Auf das „unmögliche Verhalten“ einiger Friedhofsbesucher, die mit dem Pkw bis hin zu den Gräbern führen, wies Richard Speckenheuer (SPD) hin. Die Friedhofsordnung müsse überarbeitet werden. Nur Rettungs- und Arbeitsfahrzeuge dürften dort einfahren. Alfred Hoffmann (CDU) erwiderte, es gebe eine Friedhofsordnung. Geordnete Verhältnisse herzustellen, sei Aufgabe der laufenden Verwaltung. Ollig ergänzte, die Bewohner im Küsterhaus zeigten wenig Pietätsgefühl. Hier liege einiges im argen.

Die Ortsparlamentarier stimmten einmütig der Anregung von Gerhard Krämer zu, die Satzung dennoch zu überarbeiten, damit wieder Ruhe auf dem Friedhof einkehre.